

Bericht zum Workshop „Schulabbruch vermeiden und den gleichen Zugang zu einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung fördern“ am 17.08.2012

Schwerpunkt des folgenden Berichtes ist es, die wesentlichen Punkte der Diskussion im Rahmen des Workshops zusammenzufassen.

Zum Themenworkshop, der von Fachreferaten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) vorbereitet worden ist, waren neben den Mitgliedern des gemeinsamen Begleitausschusses des Landes Brandenburg in der EU-Förderperiode 2007-2013 insbesondere auch Vertreter von Projektträgern, Schulen, aus dem Bereich berufliche Bildung und Kommunen eingeladen worden. Frau Hübner, Abteilungsleiterin im MASF, begrüßte die rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu der Veranstaltung und erläuterte die Schritte zur Vorbereitung der neuen Förderperiode sowie die Kommentare der Kommission zum Nationalen Reformprogramm insbesondere zum Thema Verbesserung des Zugangs zum Bildungssystem. Herr Hilliger, Abteilungsleiter im MBS, hatte die Moderation übernommen.

In Vorbereitung auf den Workshop hatten das MASF und das MBS ein gemeinsames [Positionspapier](#) erarbeitet, das in komprimierter Form eine Situationsbeschreibung zum Handlungsfeld, eine Bestandsaufnahme der ergriffenen Maßnahmen sowie Schlussfolgerungen zu den künftigen Handlungserfordernissen enthält.

Am Beginn der Veranstaltung standen die Referate von Vertreterinnen aus zwei Landesministerien und von einem im Bereich der beruflichen Bildung tätigen Forschungsinstitut. Sie lieferten zusätzliche Impulse für die spätere Diskussion.

Die Beiträge der Referentinnen sind unter den folgenden Links nachzulesen:

- [Frau Schäfer](#), MBS
- [Frau Tenkhof](#), MASF
- [Frau Kretschmer](#), Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) gGmbH

In Verlauf der sich an die Beiträge der Referentinnen anschließenden, lebhaften Diskussion kristallisierten sich eine Reihe thematischer Schwerpunkte heraus.

Mehrere Beiträge verwiesen darauf, dass frühzeitige präventive Angebote wie Sozialarbeit an Schule, d.h. Sozialarbeit an der Grundschule bis hin zur Sozialarbeit am Oberstufenzentrum, spätere kostenintensive Interventionen überflüssig machen. Dieses Hilfesystem sei in Brandenburg nicht flächendeckend vorhanden. Das Angebot sei weder ausreichend präventiv noch hinreichend individualisiert und bedarfsorientiert. Gute Erfahrungen mit Sozialarbeit an Schulen, IOS-Projekten, den Angeboten für schulverweigernde Schüler/-innen und der Jugendberufshilfe lägen auch in Brandenburg vor. Sie zeigten Wege auf, die weiterentwickelt werden sollten.

Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, dass man die Berufsschulen und Oberstufenzentren noch mehr als bisher in die Diskussion miteinbeziehen und ihre Rolle als wesentlicher Akteur und Knotenpunkt im Kampf gegen Ausbildungsabbrüche stärken müsse. Über die Entwicklung neuer Lehr- und Lernmethoden hinaus sei hier u.a. auch an eine angemessene Ausstattung der Berufsschulen mit Sozialarbeit an Schule zu denken. Auch die ausbildenden Betriebe müssten sich stärker über ihre Möglichkeiten klar werden, die zur Minimierung der Zahl der Ausbildungsabbrüche führen können. Ein gutes Betriebsklima und eine gelungene Integration der/des Auszubildenden in den Betrieb sowie die Bereitschaft, gemeinsam mit der/dem Auszubildenden Defizite zu überwinden, tragen wesentlich dazu bei, die jungen Menschen im Betrieb zu halten und sie zu einem erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu führen.

Des Weiteren wurden die Möglichkeiten einer aktiven Einbeziehung der Eltern in den Schulbildungs- und Berufsorientierungsprozess diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde u.a. darauf hingewiesen, dass Eltern mit dem heutigen Schulalltag und der komplexen Vielfalt der modernen Berufswelt vielfach nicht vertraut sind, da ihre schulische und berufliche Sozialisation i.d.R. länger zurückliegt und unter anderen Rahmenbedingungen erfolgte. Damit stelle sich die Frage, wie man die Berufsberatungskompetenz innerhalb der Familien verbessern kann.

Hinsichtlich des für die Vermeidung von Schulabbrüchen so wichtigen Aspekts der Berufsorientierung wurde zudem betont, dass dieser Punkt nicht nur für sogenannte Risikogruppen, sondern für *alle* Schülerinnen und Schüler gleichermaßen von Bedeutung sei. Insbesondere für Unternehmen sei es wichtig, zu wissen, welche Vorstellungen und Orientierungen die Schüler ihrer Berufswahl zugrundelegen und später in die Betriebe mitbringen. Innerhalb der Schülergruppen, die von den signifikanten Risikofaktoren für Schulabbruch besonders betroffen sind, gelte es darüber hinaus, genauer zu differenzieren, da Drop-Outs unterschiedliche Hinter- und Beweggründe und damit auch unterschiedliche Bedarfe aufwiesen. Der Analyse und (Früh-)Erkennung von Risikofaktoren müsse entsprechend mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch angemerkt, dass der Ausbau der Sozialkompetenzen der Schülerinnen und Schüler noch stärker als bislang in den Vordergrund gerückt werden müsse. Um die Ausbildungs- und Berufsreife zu erreichen, seien Mindeststandards an informellen bzw. sozialen Kompetenzen erforderlich. Hier gelte es insbesondere, die Stärken von Schülern zu identifizieren und ihre Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Soziale Lernprozesse innerhalb der Schulen seien darüber hinaus aber auch für das Lehrer-Schüler-Verhältnis und die Entwicklung eines guten Schulklimas wichtig, das wiederum die Voraussetzung für eine gelingende Stoffvermittlung darstelle. Hierzu sei zum einen eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Akteuren der freien und öffentlichen Jugendhilfe, zum anderen aber auch eine bessere Verständigung innerhalb der Jugendhilfe über Zielorientierungen und Handlungsmaßstäbe erforderlich.

Ein freundliches und gutes Schulklima trage schließlich auch zur Verbesserung der Motivation nicht nur der Schüler, sondern auch der Lehrer bei und helfe, Frustrationen auf Seiten des Lehrpersonals zu vermeiden. Hier spielen Faktoren wie Bezahlung und Entlastungsstunden eine wichtige Rolle. Wie ein Teilnehmer anmerkte, stellen aber auch Auszeichnungen für Schulen, etwa im Rahmen des Wettbewerbs „Schule mit hervorragender Berufsorientierung“, ein gutes Motivationsinstrument für Schulen und Lehrer dar. Bereits zuvor hatte eine Diskutantin auf die Bedeutung des Ausbaus der Anerkennungskultur im schulischen Bereich hingewiesen. Auszeichnungen für herausragende Schulen müssten eine noch stärkere Tradition im Land bekommen. Notwendig sei es, den Wertschätzungsansatz zu stärken.

Ein weiterer Aspekt, der in der Diskussion gleich mehrfach thematisiert wurde, betrifft die Vielfalt der Angebote im Bereich der Berufsorientierung und das Problem einer unzureichenden Vernetzung der Unterstützungssysteme. Die Vielfalt an Angeboten und Förderinstrumenten sei so groß, dass es beispielsweise für Betriebe mitunter schwierig sei, sich einen Überblick darüber zu verschaffen. Hier gelte, das Wissen der maßgeblichen Akteure voneinander zu unterstützen. Denn vor dem Hintergrund, dass gerade die Zielgruppe der Drop-Outs ein durchgängiges und abgestimmtes Unterstützungssystem benötige, wiege die mangelnde Vernetzung der verschiedenen Akteure, darunter psychosoziale Dienste, Jugendämter, Schulen, Arbeitsagenturen usw., besonders schwer.

Für eine bessere Systematisierung der Berufsorientierung sprachen sich in diesem Zusammenhang gleich mehrere Teilnehmende aus. Wie einer der Diskutanten anmerkte, sollte es nach Möglichkeit in jeder Schule einen festen Ansprechpartner geben, der für den Bereich der Berufsorientierung zuständig ist und bei dem alle Informationen über Anbieter, Angebotslandschaft usw. zusammenlaufen. Wenngleich die Bedeutung einer Systematisierung außer Frage stünde, dürfe den Schulträgern hier allerdings kein einheitliches Konzept vorgegeben werden. Vielmehr sei es wichtig, dass die Schulen im Bereich der Berufsorientierung eigene Profile entwickeln. In diesem Prozess sollten sie allerdings beratend unterstützt werden.

Der im Kontext der ESF-Finanzierung bei den Projektträgern entstehende Verwaltungsaufwand und die Handhabbarkeit der Verfahren bildeten schließlich einen weiteren Schwerpunkt. Kritisiert wurde das gesamte bürokratische Zuwendungsverfahren und die zu komplexen Vorgaben der EU-Strukturfondsförderung.

Im Hinblick auf künftige Förderprogramme wurde darauf verwiesen, dass beim ESF-Einsatz ab 2014 eine stärker Wirkungsorientierung nachzuweisen sein wird. Bislang dominiere noch inputorientiertes Denken. Außerdem sollten besonders wichtige Ziele identifiziert werden, auf die der Sozialfonds in Brandenburg dann zu konzentrieren

ist. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der nächsten Förderperiode voraussichtlich weniger ESF-Mittel zur Verfügung stehen als bislang.

Die Diskussionsbeiträge fließen in die Überlegungen zur Gestaltung des Operationellen Programms für die Förderperiode ab 2014 ein, wenn sie mit den Zielen des ESF – die Beschäftigungschancen zu verbessern, Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung zu unterstützen und zum Abbau von Benachteiligungen beizutragen – und den EU-Verordnungen vereinbar sind.